

Gisela Notz

## »Frauenspersonen« sind nicht erwünscht

Wie Frauen ihre Rechte erkämpften – auch in der SPD

*Die notwendige Gleichstellung von Frauen und Männern ist auch im Jahr 2013 noch ein zentrales Thema. Vieles ist noch unerledigt. Für das, was bisher erreicht wurde, mussten Frauen lange kämpfen, auch innerhalb der SPD.*

Vor 150 Jahren war die Geburtsstunde der Deutschen Sozialdemokratie als Partei in Deutschland. Ferdinand Lassalle (1825-1864) als Gründer der Deutschen Arbeiterbewegung zu bezeichnen, wäre allerdings nicht richtig. Das Verdienst kommt vielen, zum Teil namenlose Personen, darunter auch Frauen zu. Obwohl sie während der nicht vollendeten 1848er Revolution auf den Barrikaden gekämpft haben, waren sie von den Errungenschaften der Revolution ausgeschlossen. Zwischen 1850 und 1908 galt das Preußische Vereinsgesetz, dessen § 9 lautete: »Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenspersonen, Schüler oder Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen«. Das Wahlrecht als »Paradigma von Rechten überhaupt« (Habermas) war der »weiblichen Welt« gänzlich verwehrt. Die meisten »Lassallianer« setzten sich gegen die Lohnarbeit von Frauen und für einen »Familienlohn« ein. Sie vertraten den Grundsatz: »Die Lage der Frau kann nur verbessert werden, durch die Lage des Mannes«. Dagegen forderte der Verband der Deutschen Arbeitervereine, der ebenfalls 1863 gegründet wurde, die volle soziale Gleichstellung von Mann und Frau. Auch wenn die männlichen Genossen das nicht immer so sahen, hatten die sozialdemokratischen Frauen entscheidenden Anteil am Aufstieg der Arbeiterbewegung.

Weniger als zehn Jahre nach der Gründung des ADAV, am 28. Februar 1873, gründeten Berliner Frauen – allen voran Pauline Staegemann – den Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenbund als erste so-



**Gisela Notz**

(\* 1942) war bis 2007 wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsabteilung für Sozial- und Zeitgeschichte, und ist jetzt freiberuflich tätig. Seit 2003 gibt sie den Kalender *Wegbereiterinnen* heraus.  
gisela.notz@t-online.de

zialdemokratisch orientierte Frauenorganisation. Er organisierte Wäschenäherinnen und Heimarbeiterinnen, die als schwer organisierbar galten. Sie wehrten sich gegen miserable Arbeitsbedingungen, einen 12-16-Stunden-Tag und eine deutlich schlechtere Bezahlung gegenüber den männlichen Kollegen. Die Differenz lag damals bei 50 bis 60 %, wofür die Frauen auch noch zusätzlich als »Lohndrückerinnen« diskriminiert wurden. Nach dem Motto: »Können wir nicht wählen, so können wir doch wählen«, beteiligten sich Frauen an den Wahlkämpfen der SPD und kämpften gleichzeitig für das Frauenwahlrecht.

### Standhaft trotz Diskriminierung und Strafe

Ihre Proteste waren eine Variante politischer Partizipation, zu der sie sich selbst ermächtigten. Dafür brachten sie große Opfer. Sie wurden mit Gewalt und Existenzverlust bedroht, zu hohen Geldstrafen verurteilt und nicht selten kamen einige von ihnen ins Gefängnis. Sie dachten dennoch keinen Augenblick daran, aufzugeben, weil sie von der politischen Notwen-

digkeit ihrer Agitationsarbeit überzeugt waren und weil sie sich der Solidarität mit Gleichgesinnten sicher sein konnten. Trotz aller Vorsicht wurde der Verein 1877 verboten, weil er dem Urteil zufolge die Tendenz verfolgt habe, durch die Frauen auch auf die Männer und auf die Kindererziehung sozialistischen Einfluss auszuüben. Pauline Staegemann kam wegen angeblicher sozialistischer Indoktrinierung von Kindern ins Gefängnis. Weitere Vereinsgründungen folgten und wurden ebenfalls bald wieder verboten.

In die Geschichte eingegangen ist der am 15. März 1885 durch Pauline Staegemann und Emma Ihrer (1857-1911) in Berlin gegründete Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen. Er trat mit einem Aufruf für Lohngleichheit von Männer- und Frauenarbeit ein und rief alle Arbeiterinnen auf, sich zu organisieren. Angesichts des zwischen 1878 bis 1890 geltenden Sozialistengesetzes, das sämtliche Basisaktivitäten von Parteien, Gewerkschaften und anderen sozialistischen Vereinigungen unterband, durfte die enge Verbindung zur SPD nicht »an die große Glocke« gehängt werden. Die Kampagnen und Aktionen der Frauen würden heute noch Aufsehen erregen: Sie sammelten Tausende von Unterschriften, organisierten Protestveranstaltungen und Streiks, erwirkten Reichstagsdebatten, die Bildung einer Enquete-Kommission und die Änderung der Gewerbeordnung zu Gunsten der Arbeiterinnen. Kein Wunder, dass auch dieser Verein bereits im Mai 1886 wieder aufgelöst wurde. Ein Freispruch war nicht zu erreichen, obwohl sämtliche Angeklagten die Aussagen verweigerten und ein bekannter sozialdemokratischer Jurist den Frauen beistand, weil die »Gegenstände, welche in den erweiterten Vereinsversammlungen verhandelt wurden«, als politische angesehen wurden, »denn sie bezweckten eine Änderung der staatlichen Gesetzgebung zugunsten ihrer sozialen Lage«. Die Vorstandsmitglieder Marie Hofmann, Emma

Ihrer und Johanna Jagert wurden zu je 60 Mark Geldstrafe wegen »Teilnahme an politischen Aktivitäten und Zugehörigkeit zur SPD« verurteilt; Pauline Staegemann zu 100 Mark weil sie »rückfällig« geworden war. Die Frauen führten den politischen Kampf trotz der empfindlichen Strafen nun in der Illegalität weiter.

Der Tarnung und der ewigen Verfolgung wurden sie jedoch überdrüssig. Sie organisierten zunächst »Agitationskommissionen« und als auch diese verboten wurden hatten sie eine geniale Idee: Die Vertrauenspersonen. Vereine konnte man verbieten, eine einzelne Person nicht. Binnen kurzer Zeit bildete sich ein Netz von ca. 400 Frauen, die für die SPD-Parteiarbeit verantwortlich waren. Eine der ersten Vertrauenspersonen wurde Ottilie Baader (1847-1925) in Berlin. Sie sah ihre Aufgabe vor allem in der Vernetzung und Ausbildung von »Agitatorinnen«. Am 15. September 1900 wurde sie während der ersten Sozialdemokratischen Frauenkonferenz zur »Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands« gewählt. »Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muss diesem mindestens eine Genossin angehören«, dieser von Ottilie Baader, ab 1904 erste besoldete Funktionärin der SPD und ab 1908 Leiterin des Frauenbüros beim SPD-Parteivorstand, formulierte Satz wurde auf der SPD-Frauenkonferenz 1908 angenommen und vom folgenden Parteitag der SPD übernommen. Damit war die innerparteiliche Quotendiskussion eröffnet. Ottilie Baader war nun neben Clara Zetkin eine der bedeutendsten sozialdemokratischen Frauenrechtlerinnen.

Bald war den Frauen klar, dass ihre Probleme nicht allein auf der nationalen Ebene zu lösen waren. Deshalb gründeten sie am 17. August 1907, am Vortag des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die Sozialistische Fraueninternationale, deren Sekretärin Clara Zetkin wurde. Wesentlich bekannter ist die II.

Internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen, bei der Clara Zetkin und Käthe Duncker (1871-1953) den Antrag für die Durchführung eines Internationalen Frauentages, »der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht« dienen sollte, zur Abstimmung brachten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und der erste Internationale Frauentag am 19. März 1911 ein voller Erfolg.

Die sozialdemokratischen Vorkämpferinnen sahen die Frauenfrage als wesentlichen Teil der allgemeinen sozialen Frage. Ihr Handeln wurde von der Auffassung geleitet, dass nur der revolutionäre Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwirklichung des Sozialismus durch das sich befreiende Proletariat *allen* Frauen »voll erblühendes und sich auswirkendes Menschentum« (Zetkin) bringen werde und nicht die formale Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Ihr Kampf sollte Schulter an Schulter mit den Genossen geführt werden, bis die Revolution der bürgerlichen Ordnung, und damit auch die Frauenbefreiung, erreicht war. Die Genossen machten es ihnen oft nicht leicht.

Erst 1891 bei dem Parteitag in Erfurt konnte August Bebel (1840-1913) überzeugen, dass auch Frauen in die Wahlrechtsforderungen der SPD einzubeziehen sind. Als er die Forderung dann in den deutschen Reichstag einbrachte, musste er 1895 das Gelächter der Männer aus allen anderen Parteien ertragen.

Erst nach Ende des Ersten Weltkrieges war das allgemeine, freie und gleiche Wahlrecht für alle Frauen und Männer durchgesetzt. In der verfassungsgebenden Nationalversammlung waren 9,6 % der Parlamentsmitglieder Frauen. Die Sozialdemokratin Marie Juchacz hielt am 19. Februar 1919 als erste Frau eine Rede in einem deutschen Parlament: »Ich möchte hier feststellen (...), dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem altergebrachten Sinne Dank schuldig sind.

Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.«

Von den 467 Parlamentsmitgliedern, die im Juni 1920 in den Deutschen Reichstag der Weimarer Republik einzogen, waren 8,7 % Frauen. 19 von den 37 Frauen gehörten SPD und USPD an. Sie kannten die Probleme der ärmeren Schichten, daher folgten sie der Vision einer sozialistischen, freiheitlichen und friedlichen Gesellschaft und sorgten dafür, dass »die soziale Frage« öffentlich diskutiert wurde.

Während der Zeit des Hitlerregimes wurden Frauen als SPD-Mitglieder verfolgt, beteiligten sich am Widerstand, suchten Exil oder kamen in Konzentrations- und Todeslagern um. Andere haben den inneren Rückzug angetreten, waren Mitläuferinnen oder gar Täterinnen.

### **»Männer und Frauen sind gleichberechtigt« – theoretisch**

1946, nach der Wiedergründung der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg waren nur 15,4 % der Mitglieder weiblich, obwohl der Frauenüberschuss in der Bevölkerung rund sieben Millionen betrug. Wie alle anderen Parteien, hatte auch die SPD ein großes Interesse daran, Frauen als Mitarbeiterinnen und Wählerinnen zu gewinnen. Die einflussreichen Männer sahen, dass Frauen ein Machtfaktor waren, dennoch saßen in den meisten wichtigen Positionen, wie in den anderen Parteien auch, erneut Männer. Im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz formulieren sollte, waren zwei Frauen unter den 25 SPD-Männern. Dass der Satz »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« in das GG eingeschrieben wurde, war ihr Verdienst. Faktisch bestand die Chancenungleichheit weiter, unterstützt durch das Familienrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch. Im ersten Bundestag von 1949 waren nur 7 % der

Abgeordneten Frauen. Auch wenn die SPD mit 9,6 % weiblichen Abgeordneten am stärksten vertreten war, stellte dies ein Armutszeugnis dar.

De facto ging die Lösung der »Frauenfrage« nur langsam voran. Die sozialdemokratischen Frauenpolitikerinnen erlebten Siege und Niederlagen. Sie machten Politik für Frauen, weil sie sich eine soziale und demokratische Gesellschaft nicht ohne Gleichberechtigung der Geschlechter vorstellen konnten. Es dauerte bis 1969 – die SPD war nun Regierungspartei – bis unter dem Druck der außerparlamentarischen Frauenbewegung einige frauenpolitische Forderungen durchgesetzt werden konnten. Dennoch bedurfte es harter innerparteilicher Auseinandersetzungen, bis 1973 die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen gegründet wurde. Ihr Erfolg war es, dass die SPD nach langjährigen Verhandlungen auf ihrem Münsteraner Parteitag 1988 die Quote in ihre Satzung aufnahm. Die Mindestabsicherung von

40 % für jedes Geschlecht hat geschlechterdemokratische Bewegung in die Besetzung der SPD-Ämter gebracht und auch neue Formen der Kooperation geschaffen.

Zu den nicht erledigten Reformen gehört die existenzsichernde Erwerbsarbeit und eigenständige soziale Sicherung für alle Frauen, die Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit für alle Menschen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch, die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Kinder, flächendeckende, pädagogisch wertvolle Kindergartenplätze und Ganztagschulen, die Einführung des 6-Stunden-Tages und das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, um nur einige zu nennen.

Die Zusammenarbeit von »Frauen der verschiedenen Länder zu gemeinsamer Arbeit«, zu der in Stuttgart 1907 aufgerufen wurde, ist in einer globalisierten Welt wichtiger denn je. ■

*Peter Brandt*

## Sozialdemokratie und Linkspartei

*Dass SPD, Grüne und Linkspartei in der nächsten Legislaturperiode in einer Regierung zusammenarbeiten, ist ausgeschlossen. Da die Zeit der Zwei-Parteien-Regierungen aber an ein Ende gekommen zu sein scheint, wird die Sozialdemokratie nicht umhin kommen, ihr Verhältnis zur Linkspartei auf längere Sicht kritisch-konstruktiv zu gestalten, so unser Autor.*

### Peter Brandt

(\* 1948) ist Professor für Neuere deutsche und europäische Geschichte an der Fernuniversität Hagen.

[peter.brandt@fernuni-hagen.de](mailto:peter.brandt@fernuni-hagen.de)



land, wenn man von dem diktatorischen Regime der SED im Osten und der bis Anfang der 50er Jahre noch relevanten Fortexistenz der KPD im Westen absieht, erstmals eine linkssozialistische Partei von Gewicht erhalten. In den östlichen Bundesländern besitzt die Linkspartei bis heute den Charakter einer (regionalen) Volkspartei: im Hinblick sowohl auf ihre Wählerbasis als auch auf ihre soziale Breite. Die inzwischen stark überalterte Mitgliedschaft

**D**urch die Entstehung der Partei Die Linke hat die Bundesrepublik Deutsch-